

ZBBS-Buchreihe

Studien zur qualitativen Bildungs-, Beratungs-, und Sozialforschung

Von der Fürsorge in die Soziale Arbeit

Fallstudie zum Berufswandel in Ostdeutschland

Monika Müller

Von der Fürsorge in die Soziale Arbeit

Studien zur qualitativen Bildungs-,
Beratungs- und Sozialforschung

ZBBS-Buchreihe
herausgegeben von

Werner Fiedler
Jörg Frommer
Werner Helsper
Heinz-Hermann Krüger
Winfried Marotzki
Ursula Rabe-Kleberg
Fritz Schütze

Monika Müller

Von der Fürsorge in die Soziale Arbeit

Fallstudie zum Berufswandel
in Ostdeutschland

Verlag Barbara Budrich, Opladen 2006

Gedruckt mit der freundlichen Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Hans-Böckler-Stiftung.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Alle Rechte vorbehalten.
© 2006 Verlag Barbara Budrich, Opladen
www.budrich-verlag.de

ISBN 10 **3-86649-019-4**
ISBN 13 **978-3-86649-019-2**
eISBN 978-3-8474-1303-5

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Druck: DruckPartner Rübelmann, Hemsbach
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort.....	7
--------------	---

Teil I

Von der Fürsorge in die Soziale Arbeit

1	Einleitung	9
2	Das Fürsorgewesen in der DDR	23
2.1	Sozialpolitik und Berufsfürsorge in der DDR	23
2.2	Die staatliche Berufsfürsorge	35
2.3	Die kirchliche Fürsorge in der DDR	75
2.4	Die Diakonie zwischen Klientelismus und volkskirchlichem Anspruch.....	87
2.5	Die Caritas: Fürsorge in der Diaspora	99
2.6	Berufsfürsorge in der DDR - Ausgestaltung eines Berufsfeldes unter erschwerten Bedingungen	114
3	Institutionentransfer und institutioneller Wandel im Sozialwesen in den neuen Bundesländern.....	117
3.1	Der Institutionentransfer und seine grundlegenden Strukturierungs- und Regelmechanismen.....	121
3.2	Einrichtungskomponenten Sozialer Arbeit in Ostdeutschland	137
3.3	Berufskarrieren in die Sozialarbeit	145
4	Berufsidentifizierung und Berufsorientierung im Transformationsprozess	161
4.1	Formen berufsbezogener Identitätsarbeit	164
4.2	Die Integration beruflicher Erfahrung staatlicher Fürsorgearbeit	172
4.3	Die Integration beruflicher Erfahrungen kirchlicher Fürsorgearbeit	180
4.4	Kollektivitätserfahrungen	188
4.5	Berufsbiographische Kontinuität in der beruflichen Diskontinuität.....	194
4.6	Berufsorientierung unter den Bedingungen strukturellen Berufswandels	197
4.7	Die Dimensionen der beruflichen Orientierungsgestalt	221
4.8	Institution im Transformationsprozess	225
5	Ausblick	229

Teil II

Berufsbiographische Porträts

6	Theoretisch-methodischer Ansatz der Studie	231
7	Porträt: Frau Carstens.....	245
	7.1 Biographische Gesamtformung.....	245
	7.2 Aspekte beruflicher Handlungswirklichkeit.....	258
8	Porträt: Herr Ritter	276
	8.1 Biographische Gesamtformung.....	277
	8.2 Aspekte beruflicher Handlungswirklichkeit.....	292
9	Porträt: Frau Heinrich.....	298
	9.1 Biographische Gesamtformung.....	299
	9.2 Aspekte beruflicher Handlungswirklichkeit.....	316
10	Porträt: Herr Busch	325
	10.1 Biographische Gesamtformung.....	325
	10.2 Aspekte beruflicher Handlungswirklichkeit.....	340
	Literaturverzeichnis	346

Vorwort

Die vorliegende qualitative Studie befasst sich mit Berufsverläufen in der Sozialen Arbeit in Ostdeutschland. In ihr wird der Versuch unternommen, die Berufsentwicklung der Sozialen Arbeit über zwei Gesellschaftssysteme hinweg zu rekonstruieren und die gesellschaftlichen sowie institutionellen Bedingungen beruflichen Handelns in diesem Berufsfeld darzulegen.

Diese Studie ist die gekürzte Fassung meiner Dissertation, die unter dem Titel »Berufsbiographien und Orientierungskerne des beruflichen Handelns in zwei unterschiedlichen Gesellschaftsformationen - Veränderungen und Kontinuität des beruflichen Selbstverständnisses und Handelns von Sozialwesenprofessionellen in Ostdeutschland« im Frühjahr 2003 an der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg angenommen worden ist.

Besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang meinen beiden Gutachtern Fritz Schütze und Gerhard Riemann und den Mitarbeitern des Instituts für Soziologie der Universität Magdeburg Ulrike Nagel und Thomas Reim. Von ihnen habe ich viel gelernt und ihre Anregungen und ihre Unterstützung haben mich ermutigt, kontinuierlich weiterzudenken und weiterzuarbeiten.

Besonderer Respekt und Dank gilt den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Ostdeutschland, die bereit waren, mir durch ein lebensgeschichtliches Interview, Einblick in ihre Lebens- und Berufsgeschichte zu geben. Sie haben mir ihre Offenheit und ihr Vertrauen entgegengebracht und erst durch sie ist es möglich gewesen, diese Studie zu erstellen. Ihre Erfahrungen in der Fürsorgearbeit der DDR, die zum Ausdruck gebrachten Hürden im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR und die Darstellungen ihres heutigen Tätigkeitsfeldes haben mich angespornt, eine möglichst detailgenaue Analyse zu erstellen. Ich möchte mich auch bei den Expertinnen und Experten Sozialer Arbeit bedanken, die in der Aus- und Fortbildung der Sozialen Arbeit tätig sind und waren. Das geäußerte Interesse an meiner Studie hat mich immer wieder neu motiviert, den facettenreichen Hintergründen sozialberuflicher Hilfeeinheit in Ostdeutschland früher und heute nachzugehen. Bei meinen Recherchearbeiten haben mich außerdem Mitarbeiterinnen der Staatsbibliothek Berlin, der Stadtbibliothek Berlin und des Archivs der Sozialgeschichte in Potsdam unterstützt.

Ohne die materielle und ideelle Forschungsförderung durch die Hans-Böckler-Stiftung wäre diese Studie nicht entstanden. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Ferner möchte ich mich auch bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bedanken, die es mittels

finanzieller Unterstützung ermöglicht hat, die Forschungsstudie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ein weiterer Dank gilt den Herausgebern der Reihe »Biographie und Profession« und dem Verlag Barbara Budrich für die Veröffentlichung. Besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des von Fritz Schütze geleiteten Forschungskolloquiums am Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Robert Kreitz, Bärbel Treichel, Heidrun Bomke, Ingrid Oswald, Sylvia Dittrich, Elke Gemko, Anja Schröder, Evelin Ackermann, Ulf Brüdigam und Karsten Sulek). Ihre konstruktiven Hinweise und kritischen Rückmeldungen haben zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Ehemann Arnold Otten, der mir über die Zeit dieser Arbeit hinweg zur Seite gestanden und mich bei der Gestaltung der Endfassung unterstützt hat.

Volkerode, 16.04.2006

1 Einleitung

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR war ein für viele Menschen in Ostdeutschland unerwartetes, vielleicht auch ein erhofftes, aber in jedem Fall ein lebensgeschichtlich einschneidendes Ereignis. Der tiefgreifende gesellschaftliche und institutionelle Wandel, der sich seit 1989 in Ostdeutschland ereignet, wird sozialwissenschaftlich unter dem Stichwort der Transformation zu fassen versucht. Transformation und Transformationsprozess wird dabei in den Sozialwissenschaften - in den Politikwissenschaften ist der Begriff Systemwechsel gebräuchlicher - als spezifischer Typ sozialen Wandels betrachtet (u.a. Weymann 1998). Damit ist in der Regel die Gesamtheit der politischen, sozialen und ökonomischen Wandlungsprozesse angesprochen, die in den postsozialistischen Ländern eingesetzt haben. Impliziert ist, dass dieser Wandel ausgerichtet ist und zwar in Richtung der Überführung des sozialistischen Gesellschaftstypus in den Typus moderner westlicher Gesellschaftsformation. Mit dem Transformationsbegriff wird also bereits die Spannung ausgedrückt, die zwischen dem „Institutionentransfer“ (Lehmbruch 1993) von West nach Ost und den „Abstoßungsrisiken“ (Offe 1994) westlicher Institutionen im Übernahmeprozess besteht. Die sozialwissenschaftliche Beobachtung dieses sozialen Wandels - die Transformationsforschung - setzt bereits sehr früh nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze ein. Insbesondere die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie Arbeits- und Sozialordnung eingerichtete Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSBW) sammelte und analysierte Daten zu fünf Themenschwerpunkten, die die Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs erfassen und beschreiben sollten.¹

An die Tatsache der Zeitzeugenschaft und der Teilhabe an einem einzigartigen „sozialen Großversuch“ (Giesen/Leggewie 1991) der Zeitgeschichte knüpften die Sozialwissenschaften die Erwartung grundlagentheoretischer Zugewinne hinsichtlich des Verständnisses eines sozialen Wandels. Diese Erwartungen - so einige Autoren - seien aber nicht erfüllt wor-

1 Die Abschlussberichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, deren Arbeit auf fünf Jahre angelegt war, liegen zu folgenden Themenschwerpunkte vor: (a) Arbeit in den neuen Bundesländern; (b) soziale Ungleichheit, soziale Risiken, soziale Sicherheit; (c) politische Interessenvermittlung, Kommunal- und Verwaltungspolitik; (d) individuelle Entwicklung, Sozialisation und Ausbildung sowie (e) regionale Berichterstattung.

den und hinsichtlich ihres theoretischen Innovationspotentials seien die Ergebnisse eher bescheiden ausgefallen und entscheidende theoretische Innovationen in den Sozialwissenschaften ausgeblieben (Weymann 1998:15). Die Sozialwissenschaften verfügten - so andere Autoren - bereits über einen bedeutenden Bestand an Transformationstheorien mit Erklärungspotential, der den beklagten ausgebliebenen Innovationsschub erkläre (Buhlmahn 1996:3). Weitere „Erkenntniskumulierung und Theoriebildung“ (KSPW:7) sei aber angesichts der Fülle an Ergebnissen, Aussagen und theoretischen Konzepten im Zusammenhang mit dem transformationsbedingten sozialen Wandel notwendig.

Da die sozialwissenschaftlichen Monographien zum Transformationsgeschehen in Ostdeutschland mittlerweile unübersehbar geworden sind, steht jede Forscherin und jeder Forscher in diesem Forschungsfeld vor dem Problem, die jeweils bereichsrelevanten Analysen und Konzepte herauszufiltern.² Dabei zeigt sich, dass mikrosoziologische Studien eher selten sind.³ Biographiekonstruktion und Erwerbsverlauf in Ostdeutschland im Transformationsgeschehen sind zwar in einer Reihe sozialwissenschaftlicher Forschungsstudien aufgegriffen worden, nehmen aber oftmals wenig Bezug aufeinander. Der Zusammenhang von Erwerbsverlauf und Biographiekonstruktion wird z.B. in einer Untersuchung von Mutz thematisiert (Mutz 1995). In dieser Studie wird dargelegt - ausgehend von der These, dass Erwerbstätigkeit eine zentrale Rolle für die Strukturierung und Orientierung biographischer Abläufe hatte und ein zentraler Vergesellschaftungskern in der DDR-Gesellschaft gewesen ist -, dass sich angesichts der Unwägbarkeiten des heutigen Arbeitsmarktes bzw. angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die Erwerbs- und Berufsbiographien der Menschen in den neuen Bundesländern grundlegend verändert haben.⁴ In Anbetracht postindustrieller und postmoderner Gegeben-

2 Insgesamt ist die Zahl der Publikationen, die sich mit dem Transformationsprozess in Ostdeutschland befassen, im Jahr 2003 auf 20500 Titel angewachsen (Frommer 2000). Berth und Brähler listen 5800 Monographien auf, die unter dem Stichwort Wiedervereinigung zwischen 1990 und 2000 erschienen sind (Berth/Brähler 2000).

3 Im Zuge der Tagung ‚Transformation as Epochal Change in Middle and Eastern Europe. Theoretical Concepts and their empirical applicability‘, die im November 1998 an der Universität Magdeburg stattfand, zeigte sich, dass rekonstruktive Forschungsverfahren bis lang eher selten eingesetzt worden sind.

4 Arbeitslosigkeit, die für viele Menschen in Ostdeutschland eine ganz neuartige Erfahrung darstellte, hat die Institution der Erwerbsbiographie schlagartig verändert. Im Unterschied zu Westdeutschland, wo sich seit den siebziger Jahren durch globale Anpassungsprozesse die Erwerbsverläufe allmählich verändert haben, traten die Veränderungen für die Menschen in Ostdeutschland hingegen schnell und kurzfristig ein. In der Berufs- und Organisationssoziologie wird darüber hinaus u.a. die These vertreten, dass die biographische Orientierungsfunktion der Erwerbsbio-

heiten des Arbeitsmarktes wird - so Mutz - ein beschleunigter Prozess der Dekonstruktion der Erwerbsverläufe konstatiert. Die geforderten biographischen Bewältigungsmuster implizieren im Zusammenhang mit den Diskontinuitäten der Erwerbs-Institution einen Bruch mit Biographiekonstruktionen, in denen die Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt stehe. Die Menschen in Ostdeutschland hätten darauf nur geringfügig mit „reflexiven Biographiekonstruktionen“ sowie neuartigen Deutungsmustern und Handlungsorientierungen reagiert. Die Konfrontation der Biographiekonstruktion der Menschen in Ostdeutschland durch diskontinuierliche Erwerbsverläufe bestand darin, in nur kurzer Zeit einerseits ihre Biographie den institutionellen Anforderungen dieser Erwerbsverläufe anzupassen und andererseits individuierende, zurechenbare Momente zu aktivieren, die - wollte man sich biographisch nicht verlieren - kontinuiertsstiftend und -verbürgend sind. Der Prozess der Institutionalisierung reflexiver Erwerbsbiographien sei deshalb ein langwieriger, weil biographische Kontinuitätskonstruktionen, wie z.B. Zuverlässigkeit im Beruf in Ostdeutschland, stark verankert seien (ebd. 1995).⁵

Eingebettet in den jeweiligen beruflichen Handlungskontext und unter Berücksichtigung der Handlungsorientierung wurden zudem Studien zum Zusammenhang von Berufsbiographie, Berufsorientierung und z.B. Commitments erstellt (Hoerning 1998). Hierbei wurden anhand von Berufsverläufen ausgewählter Berufsgruppen, wie Lehrer, Diplom-Pädagogen und Ingenieure, Identifikationsmuster in Bezug auf biographisch-berufliche Investitionen bzw. öffentliche Commitments (im Sinne von ex-post-Identifikationen) mit der DDR-Gesellschaft herausgearbeitet.

Berufsbiographie als Ressource bzw. Behinderung beruflichen Handelns im Kontext der Transformation wird darüber hinaus in einer Reihe von Studien thematisiert, in denen unterschiedliche Aspekte akzentuiert werden. Mit explizit rekonstruierenden biographieanalytischen Verfahren der Sozialforschung sind u.a. Studien zu Mediziner*innen (Hoerning 1997), zu

graphie für den Lebenslauf kontinuierlich nachlasse - ein prominenter Vertreter hierfür ist Beck 1986 -, eine These, die nicht von allen Berufs- und Organisationssoziolog*innen geteilt wird (u.a. Sackmann/Wingens 1996; Sackmann/Rasztar 1998). Aus modernisierungstheoretischer Perspektive wird der nachholende Charakter der Transformation in Ostdeutschland und Osteuropa betont.

- 5 Mutz konstatiert drei typische Konstruktionsmuster der Thematisierung der Erwerbsbiographie vor 1989/90: die standardisierte, abweichende und variierte Biographiekonstruktion. Diese seien nach 1989/90 durch Vorstellungen der Kontinuität der Vorwende-Wirklichkeit abgelöst worden. Kontinuität wird dabei in den Dimensionen der arbeitsbezogenen Kontinuität, Vergemeinschaftungskontinuität und Persönlichkeitskontinuität thematisiert. Mutz kommt hierbei zu einer defizit-orientierten Beschreibung lebensgeschichtlicher Anpassung an die Gegebenheiten des heutigen Arbeitsmarktes.

den berufsbiographischen Ressourcen der „neuen Selbstständigen“, Betriebsgründern und ostdeutschen Unternehmern (Thomas 1995; Woderich 1995; 1997), zu den beruflichen Umorientierungsprozessen von Richtern und Staatsanwälten der ehemaligen DDR (Korfes 1995)⁶ sowie zu den beruflichen Handlungsmustern ostdeutscher Lehrer (u.a. Lenhardt/Stock/Tiedtke 1991; Händle et al. 1998; Köhler 2003) erstellt worden. Mit der Untersuchung der Berufsbiographien und Orientierungskernen beruflichen Handelns bei Sozialwesenprofessionellen knüpft diese Studie an Untersuchungen zu Transformationsprozessen in der Arbeits- und Berufswelt an. Die Veränderungen in Ostdeutschland nach 1989 waren „wohl in keinem Bereich (...) so ausgeprägt, wie im Arbeitsleben“ (Hormuth 1997:566).

Der Wandel von Berufen und der Wandel von Aufgabenprofilen sowie Selbstverständnissen in Berufsgruppen ist durchaus ein prominenter Forschungsgegenstand in den Sozialwissenschaften. Berufe, die in erster Linie der Existenzsicherung und dem Erwerb von Einkommen dienen und die für eine Person „Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- und Erwerbschance“ (Weber 1964:104) sind, sind gleichzeitig „Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person“ (ebd.). Beruf steht im Schnittpunkt von Person und Funktion, und ein Beruf hat immer den Doppelcharakter von individuellem Besitz und gesellschaftlicher Normierung. Er ist sowohl an die Person, die ihn ausübt, gebunden als auch die Verkörperung objektiver Fähigkeitsschablonen und standardisierter sozialer Erwartungen (Brater 1983:60). Berufe werden als ein Bündel von Fähigkeiten verstanden, die über die Berufsposition und -rolle an eine Person gebunden sind (Biermann 1994:234). Berufe als soziale Ordnungsgebilde, die von Menschen ausgestaltet werden, gehen auf eine spezifische Organisationsform von Arbeit und Erwerb zurück. Sie sind Produkte gesellschaftlicher Arbeitsteilung.

Max Weber leitet - im Unterschied zu Marx - eine spezifische gesellschaftliche Arbeitsteilung aus der religiös-geistigen Sphäre ab (Weber 1964). Bereits in seinem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* hat Weber die Bedeutung des Religiösen für die Berufsgruppenstruktur betont. Den Zusammenhang von Gesellschaftsformation und Berufsverständnis hat Weber dann noch expliziter ausgeführt (Weber 1993). Er hat überzeugend dargelegt, dass spezifische religiöse Orientierungen, wie z.B. eine innerweltliche Askese, das Berufsverständnis mitbegründen. Durch eine enge

6 Korfes geht allerdings aufgrund eines eng gesetzten Interviewfokus nicht auf die berufsbiographischen Ressourcen der Bearbeitung des gesellschaftlichen Umbruchs ein, sondern sieht darin generell die Basis für eine gelungene Kontinuitätskonstruktion vor dem Hintergrund eines moralisch besonders diffizilen und sensiblen Tätigkeitsfeldes.

Verflechtung von religiösem Denken und Formen des Wirtschaftens wird, wie Weber am Beispiel protestantischer Bewegungen zeigt, z.B. eine spezifische bürgerliche Berufspflicht begründet. Demgegenüber stellt Marx Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Berufsgruppenstruktur ganz in den Funktionszusammenhang der bestehenden Produktionsverhältnisse. Er legt die permanente Auflösung tradierter Berufsformen durch die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise dar (Marx 1973). Für Hughes (1984) - der sich auf Durkheim (1987) bezieht - sind Berufe Spiegelbilder der kulturellen, sozialen und technologischen Veränderung der Gesamtgesellschaft und ihrer Teilbereiche. Hughes (1928) verweist in diesem Zusammenhang auf die im Übergang zu modernen Industriegesellschaften ‚geheiligten‘ Formen der Übertragung von Aufgaben und Pflichten an bestimmte Mitglieder der sozialen Gruppe hin. Hughes diskutiert den systematischen Zusammenhang zwischen Gesellschaftsprozess und Berufsentwicklung entlang von Aushandlungsprozessen hin. Im Gegensatz zu Agrargesellschaften ersetzen säkularisierte Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die überlebensnotwendigen Funktionen einer Gesellschaft. Hughes sieht dementsprechend im wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, wie z.B. in der Biologie oder Chemie, sowie durch die technische Entwicklung besonderer Werkzeuge, wie z.B. Diagnoseinstrumente in der Medizin und ihrer gesellschaftlichen Anwendung, den Motor für berufsstrukturellen Wandel (Hughes 1984:376ff.). Die Entstehung neuer Berufe geht mit einem Wandel der Arbeits- und Karriereerfordernisse einher, die an die Menschen gestellt werden (Hughes 1984:327ff.). Die Betonung des Aushandlungsprozesses bei der Entstehung und Veränderung von Berufen durch gesellschaftlichen Wandel - Hughes hat betont, dass sich Berufe auch durch das faktische Handeln der Berufsangehörigen verändern - wurde besonders in der Tradition der Chicagoer-Soziologie aufgegriffen und weiterentwickelt (Strauss 1968; 1985; 1988; 1991; Freidson 1975; Becker 1977; Schütze 1984, 1992, 1995 ;Wiener 1996).

Allmählicher gesellschaftlicher Wandel und Aushandlungsprozesse in Hinblick auf die Arbeitsteilung sind der Bezugsrahmen dieser Studie. Im Unterschied dazu, kann im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR von einem massiven und rapiden Bruch der Wirtschaftsform gesprochen werden. Der Institutionentransfer von West nach Ost forderte von den Betroffenen einen schnellen und ‚sprunghaften‘ Anpassungsprozess. In der vorliegenden Studie werden Berufsverläufe und Berufsidentitäten unter den Voraussetzungen eines Systemwechsels untersucht. Obwohl in der Fachliteratur kritische Einschätzungen hinsichtlich eines ‚privilegierten Sonderwegs Ostdeutschlands‘ als erfolgreiche Variante der Transformation überwiegen (Bulmahn 1996:16), sollen gerade in dieser Studie diese Besonderheiten in den Blick genommen werden.

Gegenstandsbereich dieser Untersuchung sind die Transformations- und Professionalisierungsprozesse in der Sozialen Arbeit.⁷ Die Übertragung des sozialen Sicherungssystems westlicher Ausprägung auf das Territorium der DDR (Institutionentransfer) in die gewachsenen Formen sozialer Absicherung war ein Vorgang ohnegleichen. Auf der Handlungsebene war dieser Institutionentransfer mit der Aufforderung zu Lern- und Ausbildungsprozessen sowie zur beruflichen Neuorientierung verbunden. Dabei sind die in der beruflichen Hilfearbeit Tätigen insofern eine besondere Berufsgruppe, da gerade in der Organisation des Sozialwesens und der Beschäftigung in diesem Bereich zwischen der DDR und der BRD große Unterschiede bestanden. Zudem sind Handlungsorientierungen in der Sozialen Arbeit westdeutscher Prägung besonders eng mit der Lebens- und Berufsgeschichte verknüpft.

Sozialarbeit ist historisch ein relativ junger Beruf. Sozialarbeit als Beruf hat in Deutschland ihre Wurzeln sowohl in der staatlichen Armenfürsorge wie auch in den Verberuflichungsbestrebungen bürgerlicher Frauen in der Weimarer Republik (Sachße 1986; Gildemeister 1983; 1993). Die Liebestätigkeit - verstanden als ein Bündel persönlich erbrachter sozialer Hilfeleistungen und Nächstenliebe - ist seitdem verknüpft mit a) dem Erwerb eines spezifischen Wissens und spezifischer Fertigkeiten zur Ausübung der Tätigkeit durch eine geregelte Ausbildung und b) der Ausübung der Tätigkeit zum Lohnerwerb (Gildemeister 1993:67). Im Nationalsozialismus zeigt sich erstmals in eklatanter Weise ein Verlust beruflicher Werte und Standards in der Fürsorgearbeit. Berufliche Hilfearbeit war als Volkspflege im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie ausgerichtet (Haag 1994). Durch die Teilung der beiden deutschen Staaten nach 1945 entwickelte sich die berufliche Fürsorge in der DDR und in Westdeutschland sehr unterschiedlich. Die einsetzende Rezeption amerikanischer Methoden des social work reformierte die westdeutsche Fürsorge in Richtung eines reflexiven und methodengeleiteten Berufsverständnisses. Die berufliche Fürsorge erfuhr Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre einen Reformschub, der durch sozialkritische Bewegungen ausgelöst wurde, mit dem die gesellschaftliche Funktion und Rolle der Fürsorge bzw. der Sozialarbeit grundlegend in Frage gestellt war. Die einsetzende Akademisierung der Ausbildung führte in Westdeutschland u.a. auch dazu, auf die Bezeichnung der beruflichen Hilfearbeit als Fürsorge zugunsten der Bezeichnung Sozialarbeit zu verzichten. Berufliche Hilfear-

7 Ich werde im Folgenden aus sprachlichen Vereinfachungsgründen den Begriff Soziale Arbeit mit Sozialarbeit und Sozialpädagogik gleichsetzen, da er in den Fachdiskursen zunehmend als Oberbegriff für Sozialarbeit und Sozialpädagogik verwendet wird. Nur dann, wenn explizit sozialpädagogische Handlungsmuster bzw. Handlungsfelder angesprochen sind, werde ich von Sozialpädagogik sprechen.

beit mit der Bezeichnung Sozialarbeit - eine Bezeichnung, die in der DDR nicht üblich war bzw. sich nicht durchgesetzt hat - wurde in Ostdeutschland erst mit dem Staatsvertrag, der die deutsch-deutsche Wiedervereinigung regelte, eingeführt.

Veränderungen im Berufsprofil Sozialer Arbeit stehen im engen Zusammenhang mit veränderten Risiken der Lebensführung durch technischen und gesellschaftlichen Wandel - ein gesellschaftlicher Wandel, in dem traditionelle Lebens- und Hilfeformen abgelöst wurden. „The professional social worker is a product of social change“ (Hughes 1984:377). Risiken existenziellen Überlebens sind in den westlichen Industriegesellschaften durch neue Formen von Lebensrisiken abgelöst worden, die neuartige Problemlösungsverfahren erfordern. In diesem fortlaufenden Prozess bilden sich spezielle Wissensbereiche heraus - z.B. zum Problemfeld, wie Menschen, die randständig sind, sozial und gesellschaftlich zu integrieren und zu beteiligen sind -, die sich deshalb auch ständig wandeln. Die Problembestände, mit denen sich Sozialarbeit befasst, betreffen die Schattenseiten moderner Gesellschaften. Ihr Gegenstand sind gesellschaftliche Unterprivilegierung, Ausgrenzung und Not. Sozialarbeit, die auf soziale Problemlagen beruflich reagiert, beteiligt sich selbst wiederum an gesellschaftlichen Definitions- und Aushandlungsprozessen. In derartigen Prozessen wird definiert, was unter sozialer Problemlage verstanden wird. Die Sozialarbeit reagiert damit auf gesellschaftlichen Wandel und damit einhergehende Risiken. Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels durch die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaftsmärkte, wie z.B. dem Abbau des Sozialstaates und der fortschreitenden Individualisierung der Lebensführung, verändern sich auch die Problemlagen der Menschen und damit die Konzeptionen der Sozialarbeit selbst. Deutungs- und Handlungsmuster der Sozialarbeit sind in erheblichem Maße von gesellschaftlichen Normierungen abhängig (Gildemeister 1983).

In westdeutschen Sozialarbeitskonzeptionen ist die Sozialarbeit eine personennahe soziale Dienstleistung (Gildemeister 1983:264). Die konkreten Interaktionen mit Klienten haben eine erhebliche berufsbiographische Komponente (Hüllenhütter-Zimmermann 1983; Hege 1981; Gildemeister 1983; Blinkert 1976; Nagel 1997). Die beruflichen Handlungsabläufe sind wenig standardisiert und auch nur bedingt standardisierbar. Eine entwicklungsförderliche Interaktion mit den Problembetroffenen und die Übernahme einer zeitlich befristeten biographischen Sachwalterschaft erfordert ein persönliches Einlassen der Sozialarbeiterin und des Sozialarbeiters auf die Problemlagen der Betroffenen und ihrer jeweiligen Lebensverhältnisse. Neben der Vermittlung praktikabler Instrumente der Organisation der tagtäglichen Lebensführung werden den Problembetroffenen

auch Instrumente zur biographischen Planung und Veränderung an die Hand gegeben.

Die Sozialarbeit ist Gegenstand eingehender sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Die breit ausdifferenzierten Handlungsfelder und die besonderen Handlungsprobleme der Sozialarbeit sowie die sozialen Problemlagen selbst - wie z.B. Armut, soziale Ungleichheit und soziale Abweichung - sind Bereiche sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung (Biermann 1994). Die Sozialarbeit, so hat sich herausgestellt, ist ein Berufsfeld, in dem die Grundlagen professionellen Handelns besonders gut untersucht werden können. In professionsanalytischen Studien ist die Störanfälligkeit und die besondere Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Problembetroffenem sowie der fallanalytische Charakter sozialarbeiterischen Handelns herausgearbeitet worden (Schütze 1992). In der Rekonstruktion der Handlungsvollzüge sind zudem die Gebrechlichkeit und Fehlerhaftigkeit professionellen Handelns als Kernprobleme und Paradoxien professionellen Handelns in der Sozialarbeit analytisch erfasst worden (Schütze 1992; 1996; 2000).

Sozialarbeit wird als eine „bescheidenen Profession“ (Schütze 1992) gesehen, die im Handeln auf interdisziplinär ausgerichtete und heterogene Deutungs- und Handlungsmuster rekurriert. Als Zeichen eines geringen Professionalisierungsgrades der Sozialarbeit wird der eingeschränkte Grad der Autonomie der Sozialarbeit über ihre Wissensbereiche sowie die fehlende berufsorganisatorische (Fehler-)Kontrolle des beruflichen Handelns durch eigenständige Berufsorganisationen und einer eigenkontrollierten wissenschaftlichen Fachdisziplin angesehen (Oppl/Tomaschek 1986). In der mangelnden wissenschaftlichen Ausrichtung der Ausbildung in der Sozialarbeit wird die Gefahr der Überfokussierung theoretischer Kategorien, in Form der Anwendung von Schablonen, gesehen (Gildemeister 1983:106ff.). Ein eklektischer Erkenntnisstil und die Einbindung in staatliches Handeln und verwaltungsbezogene Abläufe - was als das Changieren der Sozialarbeit zwischen Hilfe und Kontrolle bezeichnet wird -, ist ebenfalls als ein Merkmal für eine nicht vollzogene Professionalisierung angesehen worden. Insgesamt treten merkmalsbezogene Ansätze von Professionalität bzw. Semi-Professionalität in der Berufssoziologie in den letzten Jahren aber eher in den Hintergrund (Dewe 1992).⁸

Die paradoxe Wirklichkeit professionellen beruflichen Handelns kommt in der Sozialarbeit besonders prägnant zum Vorschein. Da jedoch das Handeln der Angehörigen „stolzer Professionen“ (Hughes 1984:417ff.) in komplexen modernen Gesellschaften ebenfalls zunehmend in Organisa-

8 Auf eine weitere terminologische Ausdifferenzierung soll hier verzichtet werden. Siehe dazu: Hartmann 1972:36-52.

tionen und Organisationsabläufen eingebunden ist - und damit auch mit professionsfremden Handlungslogiken, wie monetäre Rahmenvorgaben und die organisationsseitig gesteuerte Segmentierung der Handlungsabläufe konfrontiert ist -, entstehen auch dort vergleichbare Kernprobleme und Paradoxien beruflichen Handelns. Die Einbindung der professionellen Handlungsvollzüge in Organisationen nimmt Einfluss auf die Erkenntnis- und Handlungsaktivitäten. Dabei treten auch Handlungsprobleme und Fehler bei der Arbeit auf, die durch externe Setzungen verursacht sind (Hughes 1984; Strauss 1985; Schütze 1996; 2000; Freidson 1975). Der technisch-soziale Wandel zwingt gerade stolze Professionen zudem immer häufiger an die Grenzen der Handlungsparadigmen (Pieper 2000). Die Sozialarbeit hat Formen institutioneller, reflexiver Berufspraxis entwickelt, wie z.B. die der Supervision, um auf diese systematischen Fehlerquellen in der Arbeit zu reagieren. Diese reflexiven Verfahren kommen zum Teil auch in anderen professionellen Handlungsfeldern zur Anwendung.

In der vorliegenden Studie werden die berufsbiographischen, ausbildungs- und kontext- bzw. milieubezogenen Prozesse der Gewinnung von Handlungsorientierung in der Sozialen Arbeit im Kontext zweier Gesellschaftsformationen aufgezeigt. Die Veränderungen der Berufswirklichkeit der Sozialen Arbeit im Zusammenhang mit der Transformation in Ostdeutschland ist bisher in Studien untersucht worden, die sich mit einzelnen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit, wie z.B. der Jugendhilfe, befassen (Olk/Bertram 1994). Des weiteren sind Übergangsprozesse in der Erziehungsberatung sozialwissenschaftlich untersucht worden (Kurz-Adam 1995). Professionalisierungsprozesse in der Sozialarbeit werden auch in anderen postsozialistischen Gesellschaften, wie z.B. in Polen, analysiert (Granosik 2000). Orientierungsleitend für diese Studie war die Überlegung, dass gerade auch spezifische Formen der ‚Vorprägung‘ für die Aneignung beruflicher Handlungsvorgaben Berücksichtigung finden sollten. Die berufliche Ausgangssituation der SozialarbeiterInnen, die aus der Fürsorge der DDR kommen, sollte systematisch berücksichtigt werden. Gerade die lebensgeschichtliche Einbettung des Berufs war dann auch zu analysieren. Inwieweit das System der beruflichen Hilfe in der DDR ideologischer Überbau oder tatsächlich von alltagspraktischer Wirksamkeit war bzw. inwieweit Fürsorge eher als staatliches Kontrollmittel denn als Hilfe verstanden und eingesetzt wurde, war in dieser Studie eine forschungsleitende Fragestellung. Orientierungskerne beruflichen Handelns in der Hilffarbeit sind unter Berücksichtigung der berufsstrukturellen Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsformation der DDR zu beantworten und deren Wandel im Zuge der Transformation herauszuarbeiten. Der Begriff der Fürsorge wird in dieser Studie immer für die berufliche Hilffarbeit in der DDR verwendet. Sozialarbeit bzw. Soziale Arbeit hingegen wird begriff-

lich dann gewählt, wenn die westdeutsch geprägten Methoden und Traditionen gemeint sind.

Die Berufsverläufe der SozialarbeiterInnen in Ostdeutschland, die ihren Ausgangspunkt in der Fürsorge der DDR haben, werden in dieser Untersuchung unter Berücksichtigung der Kontextbedingungen gesellschaftlich konstituierter Berufssysteme rekonstruiert und Möglichkeiten sowie Grenzen professioneller Arbeit unter spezifisch organisatorischen und fachlichen Bedingungen herausgearbeitet. Damit ist auch die Frage nach den Grundlagen professionellen Handelns aufgeworfen und die nach den Transformationsbedingten Besonderheiten eines Professionalisierungsprozesses. Die Ausgangsüberlegung war die, dass Professionalisierungsprozesse im Rahmen eines grundlegenden gesellschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Umbruchs in besonderer Weise verlaufen und berufsbiographisch anders zu bewältigen sind, als wenn sie im Rahmen einer stabilen Gesellschaft stattfinden würden. Die typischen Charakteristika von Professionalisierungsprozessen treten gerade dann - so die Annahme - wegen ihrer mangelnden sozialen Einbettung besonders prägnant zum Vorschein. Diese komplexen oder auch ‚wilden‘ Professionalisierungsprozesse im Zuge der Transformation sind Gegenstand dieser Studie. Die berufsbiographischen und berufskollektiven Grundlagen professionellen Handelns im Sozialwesen Ostdeutschlands - ihre identitätsstrukturelle Dimension also - werden herausgearbeitet. Die Berufsverläufe und die Aneignungsprozesse neuer beruflicher Handlungsmuster im Sozialwesen in Ostdeutschland können dabei auch als exemplarisch für berufliche Neuorientierungen generell im Zuge rapider globaler Veränderungsprozesse angesehen werden - auch wenn hier die Einmaligkeit und Spezifität des Umbruchs in Ostdeutschland nicht reduziert werden soll. Die Aneignungsprozesse sowie Schwierigkeiten der ostdeutschen SozialarbeiterInnen können wiederum genutzt werden, auch zukünftig berufliche Wandlungsanforderungen in ihren Bedingungen und Konsequenzen zu verstehen. Insofern wird mit dieser Studie auch ein Anschluss an Professionalisierungsdiskurse in der Sozialarbeit hergestellt.

Die Entfaltung und Störung beruflicher Neuorientierung im Zuge gesellschaftlicher Umbruchsprozesse - und die berufsbiographische Basis der Aneignung neuer beruflicher Handlungsmuster - ist natürlich besonders auch für die Problembetroffenen von Belang. Da sich die berufliche Sozialarbeit u.a. mit den Folgen der gesellschaftlichen Verwerfungen befasst - auch jenen, die im Zusammenhang mit dem Systemwechsel entstanden, sozusagen mit den ‚Verlierern‘ bzw. mit der Hinterbühne der gesellschaftlichen Umwälzungen -, besteht ein besonderes Interesse an den Problemanalysen und der Effizienz der Problembearbeitung dieser Folgen durch die Sozialarbeit. Gerade die rapide Öffnung der ostdeutschen

Gesellschaft, die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen und die Entinstitutionalisierung der Lebensbereiche in Ostdeutschland haben komplexe Problemstellungen aufgeworfen, auf die die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Ostdeutschland handelnd reagieren mussten und fortgesetzt auch noch müssen. Die Aneignung der westdeutsch geprägten Orientierungs- und Handlungsmuster im Kontext des Institutionentransfer - Sozialarbeit wurde dabei zu einer Stütze des Sozialstaats und für viele Menschen, die von den gesellschaftlichen Umwälzungen erfasst wurden und mit den neuen Lebensverhältnissen nicht zurecht kamen, die zentrale Hilfeinstitution - war von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Ein schneller Anpassungsprozess war gefordert, um anderen bei der Bewältigung ihrer Lebenssituation zu helfen. Dieser Aneignungs- und Umstellungsprozess zeichnete sich gerade dadurch aus, dass die SozialarbeiterInnen selbst von den gesellschaftlichen Umbrüchen erfasst wurden und quasi auf prekärer Basis selbst auch den individuellen Karriereverlauf sowie eine berufliche Neuorientierung bewerkstelligen mussten. Hierbei wurde von den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern eine enorme Flexibilität abverlangt.

Der Datenerhebungsprozess dieser Forschungsstudie erstreckte sich beinahe über vier Jahre. In einer ersten Sondierungsphase wurden ab 1996 relativ großflächig Daten zur Sozialarbeit in den neuen Bundesländern erhoben. In ersten Interviews wurden in Erziehungsberatungsstellen mit ExpertInnen der Sozialen Arbeit (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen) sowie an den relativ neu gegründeten Fachhochschulen ein Zustandsbild zur Ausbildungssituation und Organisation der sozialen Hilfe in den neuen Bundesländern erarbeitet. In dieser Sondierungsphase zeichnete sich ein relativ vielfältiges Bild an fachlicher Qualifikation und institutionellen Kontexten in der Sozialen Arbeit ab. In Form von autobiographisch-narrativen Interviews und ExpertInneninterviews wurden Fachkräfte der Sozialarbeit interviewt. In den Interviews mit den ostdeutschen SozialarbeiterInnen zeigten sich zum Teil sehr verschlungene Berufswege in die Sozialarbeit hinein. In diesem Zusammenhang sind auch erste Eindrücke über die aktuelle Arbeitssituation in der Sozialen Arbeit in den neuen Bundesländern entstanden, die damals vor allen Dingen durch befristete Verträge und durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geprägt waren. Eine endgültige Forschungsfragestellung entwickelte sich aus der Analyse zweier ausführlicher autobiographisch-narrativer Interviews. Mittels der Themendimensionierung im Rahmen der Forschungswerkstatt (Reim/Riemann 1997) wurde die Spannweite berufsbiographischer Verläufe in der Sozialen Arbeit der neuen Bundesländer sowie die Bedeutung der Handlungskontexte für die Berufsentwicklung sichtbar.

Im Rahmen dieser Studie wurden 19 mehrstündige autobiographisch-narrative Interviews mit ostdeutschen SozialarbeiterInnen geführt. Die SozialarbeiterInnen sind in unterschiedlichen Feldern der Sozialen Arbeit tätig. Durch persönliche Kontakte zu SozialarbeiterInnen und SupervisorInnen in Ostdeutschland wurde ein erster Zugang zu InterviewpartnerInnen hergestellt. Weitere InterviewpartnerInnen sind dann mittels eines 'Schneeballsystems' gewonnen worden. Die meisten Interviews wurden im Zeitraum von Ende 1997 bis Anfang 1999 durchgeführt, also zu einem Zeitpunkt, in dem sich die SozialarbeiterInnen beruflich bereits weitgehend etabliert hatten. Die InterviewpartnerInnen kamen aus den vier Bundesländern: Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Des weiteren sind in diesem Zeitraum die ExpertInneninterviews durchgeführt und die Dokumente zum Fürsorgewesen in der DDR gesichtet und zusammengestellt worden. Dabei sind die Archive der Staats- und Stadtbibliothek in Berlin und Potsdam genutzt worden.

Der Datenauswertungsprozess folgte der Forschungsstrategie der grounded theory (Glaser/Strauss 1974; Strauss/Corbin 1996; Strauss 1991) in dem Sinne, dass im Forschungsprozess das theoretical sampling handlungsleitend war. Bereits während der Datenerhebung wurde mit der Auswertung begonnen und die Auswahl der weiteren InterviewpartnerInnen wurde im Verlauf der Studie zunehmend theoriegeleitet vorgenommen. Standen anfänglich vorwiegend äußere Suchkategorien im Vordergrund - die InterviewpartnerInnen sollten vor allen Dingen in ihrer Lebens- und Berufsgeschichte die Varianz der verschiedenen Fürsorgemilieus in der DDR abbilden -, so wurden zunehmend Kategorien erhebungsleitend, die sich aus den Biographieanalysen entwickelt hatten, wie z.B. das Vorhandensein berufsbiographischer Verlaufskurvenphänomene oder die Arbeit in neuen innovativen Sozialarbeitsfeldern. Die Datensammlung und -analyse wurde auf der Grundlage kontrastiver Vergleiche bis zur theoretischen Sättigung (Glaser/Strauss 1973:61) der analytischen Dimensionen weitergeführt, d.h. bis zu dem Punkt, an dem keine neuen Ablaufvarianten im empirischen Material mehr auftauchten.

In den Interviews wurden die InterviewpartnerInnen gebeten, ihre Lebens- und Berufsgeschichte zu erzählen.⁹ Um eine zu schnelle Fokussierung der beruflichen Thematik zu vermeiden - und damit wertvolles Analysematerial zu verschenken -, wurde explizit ein Erzählstimulus gewählt,

9 Die Interaktionssituation war meist so gestaltet, dass ich ausführlich mein Interesse an der Forschungsfragestellung darstellte. In der Regel wirkte sich dabei die Tatsache, selbst Sozialarbeiterin und Supervisorin zu sein, günstig auf die Interviewsituation aus. Die meisten der InterviewpartnerInnen verbanden positive Erfahrungen mit Supervision und assoziierten damit die Aufforderung zum ‚persönlichen Sprechen‘ sowie eine besondere Schweigeverpflichtung.

der zur Erzählung der gesamten Lebensgeschichte aufforderte. Dieser Wunsch wurde von den meisten InterviewpartnerInnen auch ratifiziert. Nur in wenigen Fällen wurde der Erzählaufforderung mit einer gerafften Darstellung der Lebensgeschichte begegnet. Bei diesen Interviews wurden dann erzählgenerierende Nachfragen im Anschluss an die Haupterzählung gestellt, um Detaillierungen zur Lebensgeschichte zu erhalten. An die Erzählung der Lebens- und Berufsgeschichte schloss sich ein längerer Nachfrageteil an, in dem die Ausbildungs- und Handlungskontexte der DDR-Fürsorge und die heutigen beruflichen Handlungsbedingungen Gegenstand waren. Zudem wurde abschließend um eine Fallerzählung gebeten.

Die ausgewählten Interviews wurden vollständig transkribiert, so dass sich der Interaktionsablauf im Interview genau abbildete. Die Transkriptionen waren dann die Grundlage für die textanalytische Bearbeitung des Datenmaterials. In einem ersten analytischen Schritt wurden die narrativen und theoretisch-evaluativen Textpassagen von den nicht-narrativen Textpassagen unterschieden (Textsortenanalyse), so dass der sequenzielle Darstellungsaufbau der Erzählung sichtbar und die Erfahrungsaufschichtung - die vom Erzähler selbst vorgenommene Strukturierung der Erzählaktivität - rekonstruiert werden konnte. Die Interpretation der Datentexte erfolgte dann mittels einer strukturellen Beschreibung (Schütze 1981:286). Die strukturelle inhaltliche Beschreibung der Darstellungssequenzen bezieht insbesondere die formalen Textstrukturen und die sprachanalytisch feststellbaren Aktivitäten des Erzählers als Interpretationsgrundlage für das Datenmaterial mit ein. Anhand der strukturellen Beschreibung der Erzählsegmente wurden im wesentlichen folgende Aspekte herausgearbeitet: die sozio-biographischen Prozesse und deren Phasen und Stationen sowie die Rekonstruktion praktisch-existentieller Lebenszusammenhänge; die analytische Erfassung sozialer und kollektiver Bedingungsrahmen und deren allmähliche Veränderungen sowie deren Auswirkung auf biographische Prozesse; die Aufdeckung biographischer, interaktiver, sozialer und kollektiver Prozessstrukturen (Schütze 1991).

Im Anschluss daran wurden analytische Abstraktionen zu den systematisch verdichteten Strukturaussagen wie den Lebensabschnitten (biographische Gesamtformung, in der die allgemeinen Prozessmerkmale und -strukturen des Lebensablaufs aufgezeigt werden) und Strukturaussagen zu den theoretischen und evaluativen Darstellungsteilen (Wissensanalyse) angefertigt und zu einer Gesamtgestalt gefügt. Die durch fortwährende kontrastive Vergleiche der Einzelfallmaterialien gewonnenen analytisch-theoretischen Kernkategorien wurden in ihrem Beziehungsgeflecht und in ihren Bedingungsrahmen untereinander unter dem Gesichtspunkt der Entdeckung zugrundeliegender Ordnungsmuster zu einem Modell beruflicher

Identitätsarbeit unter besonderen strukturgebenden Bedingungen integriert (Glaser/Strauss 1967; Schütze 1983; 1991).

2 Das Fürsorgewesen in der DDR

Jede gesellschaftliche Institution - so auch das Fürsorgewesen in der DDR - hat eine Geschichte und entwickelt sich entlang der Festlegung von gesellschaftlichen Regeln und Normen. Sozialpolitische Weichenstellungen in der DDR gaben der beruflichen Fürsorge ihr spezifisches Gepräge. In diesem Kapitel sollen Eckpunkte der sozialen Sicherung und der Institutionalisierung des Fürsorgesystems in der DDR skizziert und in Hinblick auf die berufliche Fürsorge beschrieben werden. Hierbei handelt es sich um eine Skizze, in der die Entwicklungen und Entscheidungen in der Sozialpolitik nur insoweit aufgegriffen werden, wie diese die berufliche Fürsorge betreffen.¹⁰

2.1 Sozialpolitik und Berufsfürsorge in der DDR

Das staatliche Fürsorgewesen der DDR war entlang der Vorstellungen sozialistischer Gesellschaftspolitik gestaltet und das Sozialwesen nimmt darin eine besondere Stellung ein. Kernanliegen sozialistischer Gesellschaftspolitik in der DDR war der systematische Aufbau eines umfassenden Systems sozialer Sicherheit. Die staatlichen Maßnahmen und staatlichen Pläne waren in hohem Umfang gerade auch auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse hin entworfen. Sozialistische Politik wurde immer auch als Sozialpolitik verstanden, in die insbesondere die Wirtschaftspolitik einbezogen war. Staatliche Fürsorge hatte in der DDR einen besonderen Bedeutungshorizont. Die berufliche Fürsorge - also die persönlich erbrachte Hilfe in sozialen Notlagen - war hierbei eher von untergeordneter Bedeutung. In den vierzig Jahren der DDR hatte die berufliche Fürsorge dennoch Bestand, obwohl es - laut SED-Programmatik - gerade darum ging, diese durch Sozialpolitik gänzlich überflüssig werden zu lassen. In der DDR waren 1989 ca. 3500 staatliche Gesundheits- und Sozial-

10 Eine umfassende Sozialgeschichte der DDR und des Systems sozialer Sicherheit der DDR kann mittels dieser Studie nicht geleistet werden. Eine vergleichende Studie der Sozialstaatlichkeit in den drei deutschen Staaten: der NS-Diktatur, der Bundesrepublik und der DDR liegt vor: Hockerts 1998.

fürsorgerInnen und ca. 1500 staatliche JugendfürsorgerInnen tätig.¹¹ Der Beschäftigungsschwerpunkt lag eindeutig in der staatlichen Gesundheitsfürsorge. 1989 arbeiteten etwa 2800 GesundheitsfürsorgerInnen in Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Um die Entwicklung der Berufsfürsorge in der DDR einordnen zu können, sollen im Folgenden die Ausgangsbedingungen nach 1945 sowie die weiteren Lenkungs- und Steuerungsaktivitäten der SED-Führung im Bereich der Sozialpolitik und Sozialfürsorge betrachtet werden.

2.1.1 Weichenstellungen nach dem Faschismus

Das System sozialer Absicherung in der DDR erhielt seine Prägung durch die Teilung Deutschlands nach dem Faschismus. Inwieweit die Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht dem zweiten deutschen Staat sein spezifisches sozialpolitisches Gepräge gab, ist in der geschichtlichen Bewertung umstritten. Das System sozialer Sicherheit - das Sozialstaatsmodell der DDR - war entgegen den Vorstellungen von einer ‚Sowjetisierung‘ eher eine Mischung aus sozialpolitischen Neuerungen und Pfadabhängigkeiten (Hockerts 1998:23).¹² Das Sozialstaatsmodell der DDR entstand teilweise im Rückgriff, teilweise als Gegenentwurf zu Modellen der Weimarer Zeit. Das Ausmaß der Einflußnahme von außen durch die Besatzungsmacht auf die Entwicklung des Systems Sozialer Sicherheit in der DDR ist einerseits dort beträchtlich, wo die Alliierten in ihren Verwaltungsbereichen Grundsteine einer an den Ideologiestandort gebundenen Sozialpolitik legten.¹³ Andererseits können in der Ausgestaltung des Systems sozialer Sicherheit in der DDR Traditionsbestände des paternalistischen-obrigkeitsstaatlichen deutschen Sozialstaats sowie Ideen der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik nachvollzogen werden. Diese Wurzeln führten in der DDR zu einem spezifisch deutschen Eigenmix an sozialistischer Gesellschaftspolitik (ebd.:9).

11 Eine genaue Berufsstatistik zur beruflichen Fürsorge gibt es nicht. Die von mir angeführten Zahlen basieren auf Aussagen der InterviewpartnerInnen. In der Literatur finden sich Angaben, die erheblich differieren; z.B. geht Reinicke (1990) von 6000 Gesundheitsfürsorgerinnen, 652 SozialfürsorgerInnen sowie 1800 JugendfürsorgerInnen aus.

12 Hockerts (1998) betont, dass sich die Einordnung der Sozialstaatsentwicklung in der DDR in aller Deutlichkeit erst im internationalen Vergleich der Sozialsysteme zeigt und eine Einschätzung des Umfangs sowjetischer Prägung vor diesem Hintergrund erfolgen sollte.

13 Bis Ende der 50er Jahre wurde der Begriff ‚Sozialpolitik‘ in der offiziellen Nomenklatur der DDR gänzlich vermieden. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Sozialpolitik wurde politisch grundsätzlich verneint (Weber 1993:145).

Unumstritten sind sozialpolitische Weichenstellungen im Bereich der Verwaltungsreform und der Sozialversicherung sowie der Verbandsorganisation. In der sowjetisch besetzten Zone wurde am 9. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) eingerichtet, die bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 umfangreiche Strukturreformen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie Kultur und Bildung einleitete (Weber 1993). Die SMAD ist insofern für die Entwicklung der Sozialpolitik und des Sozialwesens in Ostdeutschland bedeutsam, weil durch die Verwaltungs- und Organisationsreformen erste Einschnitte mit dem Ziel vorgenommen wurden, das System des Fürsorgewesens, das im Nationalsozialismus aufgebaut worden war, aufzulösen. Insbesondere die Verwaltungsreform in der SBZ ab 1945 führte zu einer Zentralisierung der sozialen Aufgaben. Im Aufbau einer neuen Verwaltung wurde in der SBZ, umfassender als im Westen, auf einen Bruch personeller Kontinuität aus dem Faschismus geachtet. Dadurch wiederum wurde die Einflussnahme der KP - und späteren SED - als neue gesellschaftliche Kraft durch die Besetzung von Positionen ermöglicht und gefördert. Ab 1948 nahm dann der Einfluss der SED auch im Bildungswesen zu (Weber 1993:25). Mit der Verwaltungsreform wurden sozialpolitische Entscheidungen von der kommunalen Ebene hin auf die neugegründeten Zentralverwaltungen konzentriert.¹⁴ In den Jahren bis zur Gründung der DDR und insbesondere in der Zeit danach wurde die politische Macht sukzessive in den Leitungs- und Lenkungsgremien der SED konzentriert. Die kommunale Selbstverwaltung wurde bereits 1947 mit den „Dresdner Beschlüssen“ faktisch abgeschafft. 1955 wurden die fünf Länder mit dem „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern“ in vierzehn Verwaltungsbezirke als Staatsorgane ohne Selbstverwaltungsfunktion aufgelöst (Angerhausen 1998:40; Weber 1993:9f.). Die Bildung zentraler Entscheidungsinstanzen war bereits ab August 1947 ein erster Schritt zur staatlichen Zentralisierung sozialer Aufgaben. Insgesamt wurden elf Zentralverwaltungen - u.a. die der Volksbildung, der Finanzen, der Arbeits- und Sozialfürsorge sowie des Gesundheitswesens - gebildet.

Im Bereich der Sozialversicherung erfolgten ebenfalls bereits ab 1945 zentrale Weichenstellungen. 1945 wurden durch die SMAD freie Gewerkschaften wieder zugelassen und es wurde ihnen das Recht zur Organisation der Versicherungskassen und der Organisation anderer Institutionen zur gegenseitigen Unterstützung gewährt (Spaar 1996:26). Der Gründungskongress des FDGB vom 9.-11.2.1946 beschloss in seiner Satzung die „Schaf-

14 Die Einrichtung der Zentralverwaltungen ab August 1945 geht auf den Befehl Nr. 17 der SMAD vom 27. Juli 1945 zurück (Spaar 1996:7).

fung einer einheitlichen Sozialversicherung mit dem Ziel einer ausschließlichen Selbstverwaltung der Versicherten“ (ebd.:26), die faktisch im September 1949 durch eine Einheitskandidatenliste des FDGB für die Vorstände der Sozialversicherungsanstalten der Länder Wirklichkeit wurde. Die Sozialversicherung der DDR, die ab 1949 unter der Führung des FDGB stand, war die Grundlage zum Aufbau neuer Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen. 1950 wurden mit dem Arbeitsgesetz die Bevollmächtigten der Sozialversicherung in den Kreisgeschäftsstellen der Sozialversicherung zu Organen der Gewerkschaft erklärt, so dass das Ziel der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsanstalten durch den FDGB umgesetzt war (Spaar 1996:II:46).

Die Zentralisierung der Sozialaufgaben, die Umgestaltung der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie die Übernahme der Sozialversicherung durch den FDGB verlief parallel zur politischen Stärkung der SED, die ihren politischen Führungsanspruch ab 1946 schrittweise durchsetzte und ihren Einfluss auf die Gestaltung des Systems sozialer Sicherheit zunehmend absicherte. Die Massenorganisationen, die durch die SMAD gleichzeitig mit den Parteien 1945 wieder zugelassen worden waren, entwickelten sich anhand der Vorgabe der Besatzungsmacht zu Monopolverbänden (Weber 1993:8). Leitlinie dabei war, für jede Zielgruppe nur eine einzige Organisation zuzulassen („ein Anliegen - ein Verband“). Durch die starke Einflussnahme der KPD wurden diese Monopolverbände zu Hilfsorganen der Parteipolitik und quasi staatliche Organisationen. Gesellschaftliche Verbände, wie etwa der 1945 wieder zugelassene Kulturbund, waren Massenverbände, in denen die Spitzenpositionen von Parteimitgliedern der kommunistischen Partei - und ab April 1946 dann mit Parteimitgliedern der SED - besetzt worden waren. Der Gewerkschaftsvorstand des FDGB bestand z.B. ab Juni 1947 in der Mehrheit aus SED-Mitgliedern.

Die im Herbst 1945 gegründete Volkssolidarität, die durch Länderinitiative angesichts der Not im Winter 1945/46 entstanden war, wurde in ihren Anfängen von den antifaschistischen-demokratischen Parteien, dem FDGB und den Kirchen unterstützt (Spaar 1996:I:29). Die Gründung der Einheitsorganisation im Mai 1946 zielte insbesondere auf die bessere Verteilung und Organisation von Hilfeleistungen für Menschen, die durch den Krieg in Not geraten waren. Auch dieser überparteiliche Massenverband stand bald faktisch unter der Kontrolle der politischen Steuerung der KPD und späteren SED. Die Volkssolidarität der DDR konnte durch diese Einflussnahme keine eigenständigen Verbandsstrukturen entwickeln und verzichtete auf eine unabhängige Verbandspolitik. Bereits in den Anfangsjahren der DDR zog sie sich auf den ihr durch die SED zugewiesenen inhaltlichen Schwerpunktbereich der Altenhilfe zurück und vermied Expansionsbestrebungen (Rudloff 1998:224).

Das Prinzip des Monopolverbandes und das Verbot der Zulassung weiterer Verbände unterdrückten einen Institutionenpluralismus und die Herausbildung intermediärer Instanzen in der DDR. Formen gesellschaftlicher Mitbestimmung und Interessensvertretung, die zwischen den Interessen und Einflussphären von Staat und Politik einerseits sowie den Marktkräften andererseits hätten vermitteln können, konnten sich so nicht formen (Angerhausen 1998:43ff.; Rudloff 1998:224f.). Das Verbot von freien Sozialorganisationen - mit Ausnahme des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) - sowie die Zentralisierung der sozialpolitischen Aufgaben schuf faktisch eine monozentristische Angebots- und Versorgungsstruktur im Sozialwesen (Angerhausen 1998:41).

Da die DDR ein kommunales System der Sozialpolitik nicht kannte (Neumann/Brockmann 1997:68), waren mit der Durchführung aller gesundheitspolitischen und sozialen Aktivitäten die örtlichen Räte betraut. Das soziale Sicherungssystem wurde - entsprechend den Vorstellungen eines sozialistischen Gemeinwesens - von den örtlichen Räten sowie von den betrieblichen, nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte getragen. Besonders hervorzuheben ist hier auch die Nationale Front des Demokratischen Deutschlands (NF), die sich 1949 gegründet hat und ab 1950 in ihren Landes-, Kreis- und Ortsausschüssen neben der politischen Arbeit auch sozialpolitische Aufgabenstellungen übernahm (Weber 1993:29 ff.).

Für die Umgestaltung des Gesundheitswesens - dem dann in der DDR umfassend Aufgaben zukamen - hatte der SMAD-Befehl 234 vom 9. Oktober 1947 zentrale Bedeutung. In der Folge wurden die kommunalen Einrichtungen des Gesundheitswesens zugunsten eines betrieblichen Gesundheitswesens aufgelöst (Manow 1994:143), und die Gesundheitsämter auf Stadt und Landkreisebene zugunsten von Bezirksgesundheitszentren und Polikliniken abgeschafft. Von 1945-1949 wurden in den Stadtbezirken und größeren Betrieben Polikliniken eingerichtet, die die Gesundheitsversorgung auf regionaler Ebene sicherstellten und mit steuerten. Dem regionalen Gesundheitswesen stand ein Kreisarzt vor, der für gesundheitspolitische und soziale Aufgaben auf die Ressourcen anderer Bereiche, wie etwa denen der Betriebe, zurückgreifen konnte.

Beispielhaft und richtungsweisend für den Umgestaltungsprozess im Gesundheitswesen ist in dieser Zeit Leipzig. Der Umbau des Leipziger Gesundheitswesens galt als ein besonders gelungenes Beispiel für eine sozialistische Gesundheitspolitik. Mit der Umstrukturierung des Leipziger Gesundheitswesens war in den Nachkriegsjahren Prof. Dr. med. Karl Gelbke betraut, der auf regionaler wie auch überregionaler Ebene großen Einfluss auf die Gestaltung des Gesundheitswesens in der DDR hatte. Gelbke war eine der Symbolfiguren sozialistischer Gesundheitspolitik in

der DDR und zählte in der DDR zu einer der herausragenden Persönlichkeiten. Er war Namensgeber der zentralen Ausbildungsstätte der staatlichen Fürsorge in Potsdam - der sogenannten Gelbke-Schule -, weshalb im Folgenden exemplarisch Einblick in den Lebenslauf und in die Aktivitäten Gelbkes gegeben werden soll.

Der Lebenslauf von Prof. Dr. med. Karl Gelbke wurde in der DDR als gelungenes Beispiel des Bündnisses „der deutschen Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei mit der medizinischen Intelligenz“ (Kühn 1977:7) angesehen. In seiner Biographie wird der Veränderungsprozess im Leben und Wirken vom „Bürgerlichen“ zum „Revolutionär“ besonders herausgestellt (Stede 1977). Dort wird festgehalten, dass Karl Gelbke während seines Lebens und Wirkens eine stete Verbundenheit mit der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht habe. Gelbke ist 1899 in ein bildungsbürgerliches Milieu hineingeboren worden. Väterlicherseits ist die ärztliche Tätigkeit seit 1778 tradiert worden. Die Schulbildung hatte er 1917 abgebrochen, um als Kriegsfreiwilliger an der französischen Front zu kämpfen. Die Kriegsergebnisse und das Studium in Chemnitz der zwanziger Jahre haben - so Stede - sein Interesse an der Klassenfrage und an der marxistischen Literatur begründet. 1923 heiratet er die russische Emigrantin Dina, die persönliche Kontakte zu führenden Personen der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Bolschewiki, unterhielt, so u.a. auch zu Lenin selbst. Ab 1927 hat Gelbke dann als Arzt in Leipzig praktiziert und zur linksintellektuellen Intelligenz gezählt. Seine Kontakte zu den führenden Funktionären der KPD Leipzigs haben ihm den Namen des „roten Doktors“ eingebracht, und er ist in der Arbeiterschaft stadtbekannt gewesen. Er hat sich besonders für die Bildung der Arbeiter im Rahmen der marxistischen Arbeiterschule und gegen den §218 engagiert und ist aktives Mitglied der Internationalen Roten Hilfe, des Bundes Sozialistischer Geistesarbeiter und des Bundes der Freunde der Sowjetunion gewesen. Während des Nationalsozialismus blieb er im Parteiauftrag der KPD in Deutschland - was in seiner Biographie als ein besonderer Verzicht herausgestellt wird -, sondern er hat seine Arztpraxis während des Nationalsozialismus weiterbetrieben und ist aktiver Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime gewesen.

Nach Kriegsende 1945 war Gelbke unter amerikanischer Besatzung für die KPD im Leipziger Stadtparlament - im August 1945 wurde er zum Stadtrat gewählt. Nach dem Rückzug der amerikanischen Besatzer gab er seine Privatpraxis auf, um das Referat Gesundheitswesen der Stadt Leipzig zu übernehmen und an der Leipziger Medizinischen Fakultät Sozialhygiene zu lehren. Gelbke wird als eifriger Reformator und treuer Ehemann dargestellt. Mit seiner Ehefrau Dina zusammen gab er die deutschsprachige Zeitschrift „Das sowjetische Gesundheitswesen“ heraus, und sie

hielten ab 1946 Vorträge an der Fakultät über Sozialhygiene. Dort ist er dann zehn Jahre tätig gewesen. Als Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR ist ihm angesichts seiner Verdienste um das sozialistische Gesundheitswesen der Titel Professor verliehen worden. 1948 wurde er stellvertretender Minister des Gesundheitswesens in Sachsen. In den Ausführungen Steudes (1977) wird auf das Charisma Gelbkes hingewiesen. Als charismatischer Lehrer habe er es verstanden, kompliziert erscheinende Fragen auf das Wesentliche zu reduzieren, den Dingen auf den Grund zu gehen. Er habe immer wieder und beharrlich die Klassenfrage in der Medizin gestellt „Was nützt wem?“ und dann selbst auch beantwortet. Seine ärztlichen Kollegen habe er im Zuge einer Versammlung in Anspielung auf den Befehl 234 der SMAD mit dem Appell: „Kollegen Ärzte, Tritt gefasst, links, 2, 3, 4!“ begeistert (ebd.:195). Als Held und Verfolgter des Nazi-Regimes ist Gelbke in der DDR mehrmals geehrt worden. Prof. Dr. med. Karl Gelbke starb 1965 und wurde auf dem Ehrenfriedhof der antifaschistischen Widerstandskämpfer in Leipzig beigesetzt.

Soweit zur Person Gelbkes, der die Gesundheitspolitik der SED mitbestimmte und das Gesundheitswesen der Stadt Leipzig nach sowjetischem Vorbild umgestaltete. In seiner Funktion als zuständiger Stadtrat griff er den von der sowjetischen Militäradministration vorgegebenen Befehl 234 auf und löste das Stadtgesundheitsamt in Leipzig auf. Nach sowjetischem Vorbild ließ er in allen Stadtbezirken Polikliniken errichten, und Leipzig hatte bereits 1948 15 Polikliniken im Stadtgebiet. In diese Polikliniken waren die Funktionen des kommunalen Gesundheitsamtes und des öffentlichen Gesundheitswesens integriert worden - bis dahin hatte es in Leipzig acht Gesundheitsämter gegeben. Das Leipziger Modell, das die faktische Abschaffung des kommunalen Gesundheitswesens bedeutete, galt als vorbildlich für die gesamte DDR. Gelbkes Grundsatz, dass medizinische Einrichtungen den gesamten Prozess der Erkrankung von der Entstehung, der Erforschung der Ursachen, über die Diagnostik, Therapie und Wiederherstellung der Gesundheit ärztlich und einheitlich geführt werden müsse, kann als orientierungsleitend für die Gesundheitspolitik der DDR angesehen werden. Programmatisches Ziel war es dabei, die Menschen an der Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft weitestgehend zu beteiligen und dies zum Gegenstand politischer Anstrengungen zu machen (Kühn 1977). Zur Erreichung dieser Ziele wurden in der DDR Freiwillige mobilisiert, die zur Lösung gesundheitspolitischer Aufgaben - wie die Bekämpfung der Paratyphus-Seuche und die Bekämpfung der Tuberkulose - eingesetzt wurden. Mit Nachdruck wurde das Prinzip eines betrieblichen Gesundheitswesens verfolgt und in den Betrieben medizinische Einrichtungen und Stützpunkte gegründet. Der Betrieb - so der Grundsatz - müsse nicht nur Grundlage des ökonomischen Fortschrittes, sondern insbesondere